

Wie in Zeiten des Kalten Krieges

Von Holger Köster



Holger Köster

Geschäftsführer der HERSA-Unternehmensgruppe und Vorsitzender des BDSW-Arbeitskreises Wirtschaftsschutz

David John Moore Cornwell, besser bekannt unter dem Autorennamen John le Carré, brachte es auf den Punkt: „Solange Staatsmänner lügen, Staaten konkurrieren, gegenseitiges Misstrauen herrscht, wird es Spionage geben“, sagte der Mann, der selbst Nachrichtendienstler war.

Wie immer man es sieht: Spioniert wird überall in der Welt. Staatslenker aller Länder wollen wissen, was hinter den Kulissen passiert, um ihr Gegenüber und selbst Verbündete besser einschätzen zu können. Aber auch die Wirtschaftsspionage und die Einflussnahme auf andere Staaten, verniedlichend auch „operative Außenpolitik“ genannt, gehört zum Instrumentarium der ausländischen Geheimdienste.

Wenn wir heute die besorgniserregende Zunahme der russischen Spionagetätigkeit auf deutschem Boden zum Thema machen, dann beleuchten wir eine Gefahr, die unser Land in seiner Gesamtheit bedroht. Nicht einzelne Branchen oder spezielle Hightechunternehmen stehen im Fadenkreuz, sondern die Gesellschaft an sich.

Seit die russischen Panzer in die Ukraine rollten, nahm das vorher schon hohe Maß an Aus-

spähung nochmals zu. Spionageexperten sprechen von einer regelrechten Offensive der russischen Dienste, deren Vorgehen weitaus aggressiver geworden ist. Aktuell hat das Ausmaß der russischen Spionage in Deutschland längst wieder das Niveau wie in der heißesten Phase des Kalten Krieges erreicht. Der einstige KGB-Oberstleutnant und Ex-FSB-Chef Putin, nach wie vor von geheimdienstlichen Denkweisen geprägt, sieht sich mit der NATO im Krieg. Nach dieser Logik ist Deutschland als Waffenlieferant und Ausbildungspartner Kriegspartei – und wird dementsprechend ins Visier genommen.

In dieser Situation hat die Russische Föderation ihre Strategie entscheidend geändert. Waren bisher Schein-Diplomaten die Hauptstützen der Ausspähung, setzt Moskau vermehrt auf „Illegale“. Das sind Personen, die außerhalb der diplomatischen Abdeckung unter Tarnidentität, quasi als nette Leute von nebenan, agieren.

Die russische Spionagetätigkeit ist eine reale Gefahr, die auf alle Bereiche der Gesellschaft zielt. Ihr zu begegnen, sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

In diesem Sinne bleiben Sie auf der sicheren Seite und tragen Sie bitte zur Sicherheit unseres Landes bei!

Ihr
Holger Köster



Bild: Michael Lepes/pixelio.de

Das prunkvolle Eingangsportale der russischen Botschaft in Berlin. Dahinter verbirgt sich eine der wohl größten Spionagezentralen Europas.

Veränderte Methoden der Spionage der Russischen Föderation auf deutschem Boden

Von Klaus Henning Glitza

Es ist eines der Kennzeichen der Spionage, dass sie möglichst geräuschlos im Verborgenen ablaufen sollte. Wenig Publicity, das bedeutet auch wenig Gefahrenbewusstsein, nur schwache Abwehroptionen und wenig Sensibilität in der Zivilgesellschaft. Die Existenz des mit Abstand größten Nachrichtendienst der Welt, der NSA, wurde viele Jahre offiziell in Abrede gestellt. Wortspiel „No such agency“.

Wenn ein Geheimdienst von diesem Grundprinzip abweicht, dann muss schon eine „sehr spezielle Situation“ vorherrschen. Eine solche zugespitzte Situation ist nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingetreten, sondern bereits 2014, als die Krim annektiert wurde. Ein zusätzlicher Schub folgte im zeitlichen Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Wirkung vor Deckung, das ist die Maxime von heute. Die deutschen Abwehrbehörden haben seit dem Embargomaßnahmen gegen Russland eine rasante Zunahme der russischen Wirtschaftsspionage festgestellt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Russland, ein Riese auf wirtschaftlich tönernen Füßen, für seine Waffensysteme auf westliche Produkte oder Know-how angewiesen ist. Von höchstem Interesse sind Details über Rüstungsgüter, die an die Ukraine geliefert werden. Und es geht darum, Lücken im sogenannten Sanktionsregime aufzuspüren. Unterdessen geht die übliche Wirtschaftsspionage unvermindert weiter.

Im Visier steht auch die Bundeswehr und somit auch deren Zulieferfirmen, wobei auch hier das vorherige Prinzip der höchstmöglichen Unauffälligkeit auf der Strecke geblieben ist. So wurden über einem Bundeswehrstandort, in dem ukrainischen Armeeangehörige ausgebildet werden, kamerabestückte Minidrohnen gesichtet. Rund um Kasernen in Grafenwöhr und Idar-Oberstein sind verdächtige Fahrzeuge aufgefallen. Zudem berichtet der MAD von einem Boom bei Anwerbeversuchen von Bundeswehrangehörigen.

Ein weiterer Auslöser dieses Geheimdienst-Tsunamis ist eine der massivsten Ausweisungskaktionen seit Ende des Krieges. Das Auswärtige Amt erklärte im April des vergangenen Jahres 40 russische Diplomaten der Berliner Botschaft der

Russischen Föderation zu Personae non gratae, unerwünschten Personen, die das Land schnellstens zu verlassen hätten. Es liegt nahe, dass diese „Diplomaten mit zwei Berufen“ nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, sondern es sich dabei um besonders umtriebige Spitzenkräfte des sogenannten zweitältesten Gewerbes handelte. Auch andere Länder zeigten die rote Karte. In Europa wurden rund 400 „Diplomaten“ aus 24 der 30 NATO-Mitgliedsländer ausgewiesen. Ein Verlust, den selbst die überaus personalstarken russischen Dienste nicht ohne Weiteres wettmachen konnten.

Rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Botschaft in Berlins Prachtstraße „Unter den Linden“ akkreditiert. Der Verfassungsschutz schätzt rund ein Drittel davon als Kräfte mit zwei Berufen ein. Interessant ist dabei, dass nicht nur Angehörige des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR unter diesen Spionen im Diplomatenfrack sind, sondern zahlreiche Offiziere des Militärgeheimdienstes GRU und des Inlanddienstes FSB. Die GRU, zu Deutsch Verwaltung für Aufklärung, ist ein Apparat, der als einziger russischer Nachrichtendienst nicht nur seinen Namen aus Sowjetzeiten beibehält, sondern auch personell die geringsten Veränderungen



Klaus Henning Glitza

Ehemaliger Redakteur der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, Träger des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention (Stiftung Kriminalprävention, Münster) und seit 2003 als Fachjournalist für Sicherheitsfragen tätig.



Bild: Karl-Heinz Liebisch/pixelio.de

Ein festungsartiger Gebäudekomplex von monumentalen Ausmaßen: die 1951 fertiggestellte Botschaft der Russischen Föderation in Berlin-Mitte, Unter den Linden.



Bild: Günter Havlena/pixello.de

Symbolbild: Die Russische Föderation hat bei der Fernmelde-Elektronischen Aufklärung massiv aufgerüstet und steckt hinter vielen IT-Angriffen. Doch auch die konventionelle Geheimdienstarbeit, beispielsweise Treffs von reisenden Führungsoffizieren mit „Illegalen“, hat Hochjunktur.

erfuhr. Auch die Methoden haben sich laut Insidern kaum geändert. Stichwörter Tiergarten-Mord in Berlin, Giftanschlag auf Alexander Litwinenko und der Versuch, Sergej Skripal und seine Tochter mit Gift zu ermorden. Schon 1997 sagte der Überläufer Stanislav Lunew aus, dass der Militärgesamtdienst sechsmal so viele Auslandsagenten einsetzte wie der unter der Leitung von Zivilisten ohne operative Erfahrung stehende SWR. Fester Bestandteil der GRU ist die berühmte Spezialtruppe Speznas, die sich seit eh und je aufs Töten versteht.

Auch der FSB, der sogenannte föderale Sicherheitsdienst, ist auch in der „Auslandsaufklärung“ aktiv. Was die Ukraine betrifft, ist der FSB sogar das maßgebliche Organ, weil Putin die einstige Sowjetrepublik als Inland betrachtet. Es ist gesichert, dass der russische Machthaber den FSB über den bevorstehenden Angriff auf das Nachbarland informierte, nicht aber den SWR.

Apropos Botschaft „Unter den Linden“. In Sicherheitskreisen wird der festungsartige Gebäudekomplex auch im technisch-operativen Sinne als Spionagezentrale eingeschätzt. Das funktioniert zum Teil mit einfachsten Mitteln. Büros vom Bundestag grenzen praktisch unmittelbar an den riesigen Gebäudekomplex an. Und allein schon mit normalen optischen Mitteln wie Ferngläsern können von der Botschaft aus Büros der MdBs ausgespäht werden.

Doch damit nicht genug. Hinzu kommen Satellitenempfangsanlagen und kastenartige Aufbauten, die auf dem Dach des Botschaftsgebäudes installiert sind. Besonders verdächtig ist eine „Cage antenna“ (Reusenantenne). Sicherheitskreise gehen davon, dass damit alles, was in der deutschen Hauptstadt gesendet wird, abgehört werden kann. Bereits im vergangenen Jahr hat der Verfassungsschutz vor „Abhör Risiken und die Gefahr von unbefugten Datenausleitungen“ gewarnt, die „insbesondere in sensiblen Bereichen wie im Regierungsviertel in Berlin“ als reale Gefahr bestehen könnten. Allerdings kann die Reusenantenne mehr als nur Berlin belauschen. Ihre maximale Reichweite beträgt gut 800 Kilometer. Genug, um nahezu ganz Deutschland abzuhören.

Seit der Abschiebewelle an der Botschaft sind die Russen verstärkt auf sogenannte „Illegale“, Behördenausdruck „Non-Officials“, übergegangen. „Weg von den an den Botschaften stationierten Agenten, hin zu mehr reisenden, illegalen Agenten“, wie es der Verfassungsschutz-Präsident Haldenwang formuliert.

Um solche schwierig aufzuspürenden Agenten mit Tarnidentitäten zu platzieren, greifen die russischen Dienste gerne auf angebliche oder

tatsächliche Nicht-Russen zurück. So flogen in Großbritannien jüngst fünf bulgarische Staatsangehörige auf. Mehrheitlich mit unauffälligen Vitäten, zum Beispiel Laborassistentin für ein privates Gesundheitsunternehmen oder Fahrer für Krankenhäuser. Nur Orlin Roussev, der mutmaßliche Kopf der Spionagezelle, war als Chef eines Unternehmens, das sich mit Signalaufklärung (SIGINT, Abfangen von Kommunikation und elektronischen Signalen) befasste, etwas eindeutiger unterwegs.

Welchen Aufwand der GRU betreibt, um „Illegale“ in Zielländern zu positionieren, macht der Fall Maria Adela Kuhfeldt Rivera deutlich. Eine GRU-„Illegale“, die in Wahrheit den weitaus weniger klingvollen Namen Olga Kolobowa trug. Attraktiv und kokett, ganz wie die 2010 in den USA aufgeflogene Anna Chapman. Fünf Jahre lang betrieb die angeblich 1978 in der peruanischen Stadt Callao Geborene in Neapel eine exklusive Boutique für Designerschmuck und Luxusartikel, die nicht nur zufällig ganz in Nähe des Allied Joint Forces Command der NATO lag. Die GRU finanziert seiner inoffiziellen Mitarbeiterin ein Luxusleben. Eine exklusive Wohnung im Nobelviertel Posillipo, mit Blick auf den Golf von Neapel, ein eigenes Produktions- und Handelsunternehmen (Serein S.r.l.) und unerschöpflich erscheinende Geldmittel, die kaum aus dem mäßig laufenden Geschäften stammen konnten. Schnell wurde die muntere „Maria Adela“ ein Mitglied der High Society Neapels, wozu auch ihre Führungsposition (Secretary) beim örtlichen Lions Club beitrug. Gegründet von einem NATO-Offizier, zählten überwiegend Angehörige des Verteidigungsbündnisses und der US Navy zu den Mitgliedern.

Dabei hatte die „Illegale“ nicht die peruanische Staatsangehörigkeit, sondern die russische. Die Begründung, die sie dafür aufsuchte: Sie, die angebliche Tochter eines Deutschen und einer Peruanerin, sei von der inzwischen von ihrem Mann verlassenen Mutter 1980 mit zur Olympiade nach Moskau genommen worden. Dort habe die Mutter, als sie abrupt nach Peru reisen musste, ihr Kind in einer sowjetischen Familie untergebracht, ohne jemals zurückzukehren. Eine Not-Legende, denn „Maria Adela“ war zuvor mit ihren Bemühungen, die peruanische oder auch deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, kläglich gescheitert. In Peru wurde ihr Versuch, mit gefälschten Urkunden zum Ziel zu gelangen, sogar öffentlich gemacht – allerdings auf einer wenig besuchten Website. Auch in Deutschland kam die Antragsbearbeitung wegen „offener Fragen“ ins Stocken.

Dennoch wurde die schwache Legende zunächst geschluckt. In Neapel standen hochrangige NATO-Angehörige, höhere Offiziere, auch deutsche, aber auch ein leitender Systemadministrator im Zentrum von „Maria Adelas“ Interesse. Mit mindestens einem davon hatte sie ein Verhältnis. Fünf Jahre ging das so, bis sich augenscheinlich der Verdacht gegen sie verdichtete. 2018 flog sie nach Moskau- mit einem One-Way-Ticket. Sie sollte nie zurückkehren.

Fest steht: Es gab frühzeitig Verdachtsmomente, aber erreichten sie auch ebenso frühzeitig die zuständigen Behörden? Auch in Deutschland dürften „Maria Adelas“ existieren. Niemand sollte sich deshalb scheuen, Hinweise zu geben, wenn etwas nicht in Ordnung zu sein scheint.



Symbolbild: Unauffälligkeit war gestern. Aktuell gehen russische Spione, zum Beispiel bei Bundeswehrstandorten, ohne Rücksicht auf mögliche Entdeckung vor.

Analysen und Hilfestellungen zum Wirtschaftsschutz

Von Rechtsanwalt Dr. Berthold Stoppelkamp

Bitkom-Studie: Wirtschaftsschutz 2023

Durch Datendiebstahl, Spionage und Sabotage entsteht der deutschen Wirtschaft ein jährlicher Schaden von 206 Mrd. Euro. 72 Prozent aller Unternehmen waren von digitalen und analogen Angriffen betroffen. Jedes zweite Unternehmen fühlt sich durch Cyberangriffe existenziell bedroht. Die meisten Angriffe kommen aus Russland und China.

www.bitkom.org

BKA – Bundeslagebild Cybercrime 2022

Die Zahl der registrierten Fälle ist um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 136.865 zurückgegangen. Fälle aus dem Ausland nehmen ständig zu. Ransomware und Phishing werden als die größten Bedrohungen bewertet. Die Aufklärungsquote für Cybercrime bewegt sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres und liegt bei immerhin ca. 29 Prozent.

www.bka.de

BfV Cyber-Brief Nr. 02/2023

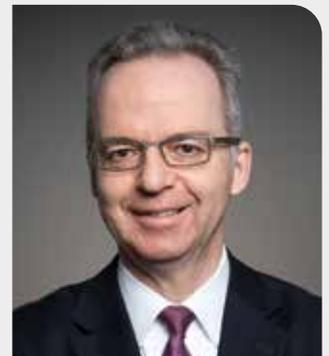
Aktuelle Hinweise deuten auf die Bedrohung deutscher KMU-Unternehmen und Privathaushalte durch Cyberangriffe gegen Heimnetzwerk- bzw. Small-Office-/Home-Office-(SOHO-)Endgeräte hin. Zum Schutz dieser KMU und privater Haushalte enthält dieser Cyber-Brief eine detaillierte Erläuterung der Vorgehensweise von APT 15 und APT 31 sowie konkrete Handlungsempfehlungen.

www.wirtschaftsschutz.info

BfV „Toolbox Russland“

Die „Toolbox Russland“ gibt einen aktuellen Überblick über die strategischen Methoden Russlands und seiner Nachrichtendienste gegen Deutschland und andere westliche Demokratien. Das Schaubild führt die Erkenntnisse des BfV aus der Cyber-, Spionage-, Proliferations- und Sabotageabwehr zusammen, um die vielschichtige Bedrohungslage für Deutschland sichtbar zu machen.

www.verfassungsschutz.de



RA Dr. Berthold Stoppelkamp

Zuständiges Geschäftsführungsmitglied für den BDSW-Arbeitskreis Wirtschaftsschutz